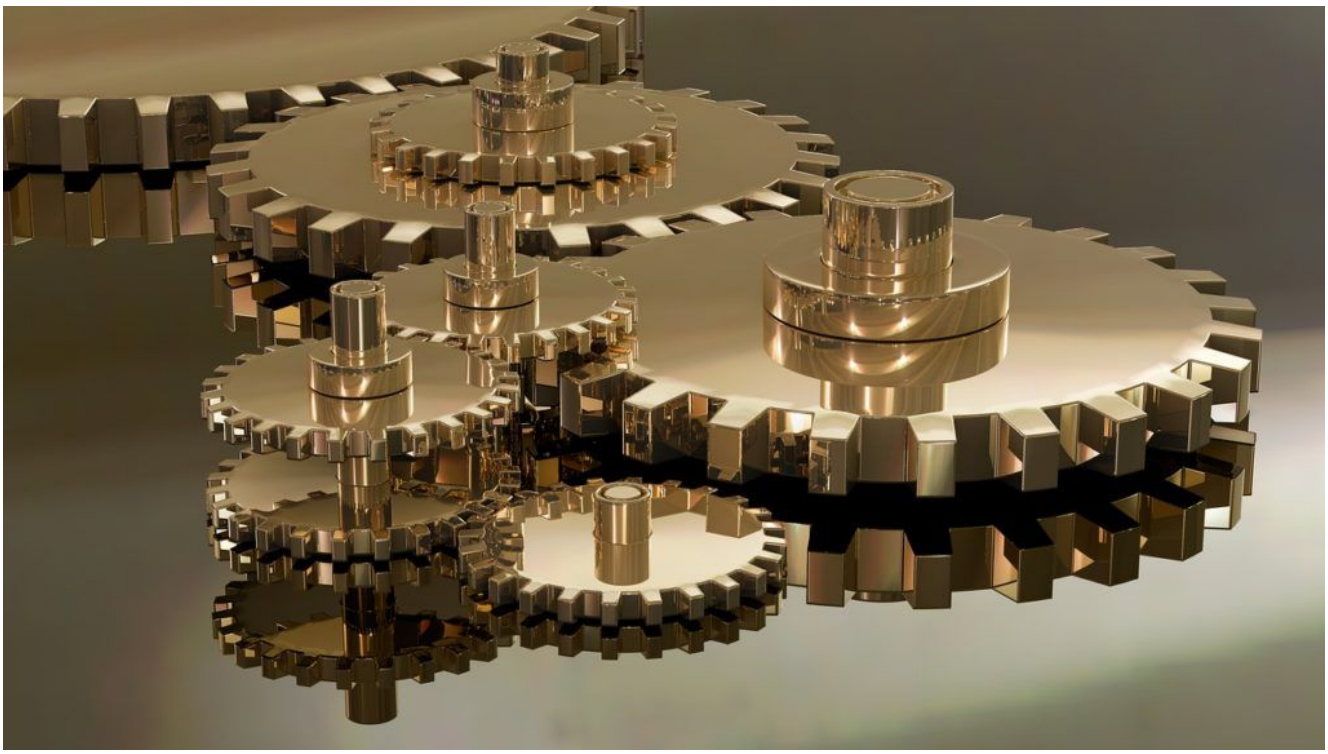
Widersprüche im Schulwesen

Category: Blog
geschrieben von Gastautor | 26. Mai 2019



Die Mutter aller Reformen

Der Initialfunke ist das pädagogische Weisungsrecht der Schulleitungen. Von aussen kaum wahrgenommen und in seiner Tragweite gänzlich unterschätzt, ermächtigt es die Bildungsadministration, selbst die absurdesten Reformen durchzusetzen. Es ist quasi ihr verlängerter Arm ins Klassenzimmer. Denn das Weisungsrecht ermächtigt die Schulleitungen, Lehrkräften zu kündigen, die sich nicht an Reformideologien halten, sondern an die Unterrichtsrealität. Diese Orientierung aber wäre als Korrektiv für Reformirrtümer unabdingbar.

Opportunismus und Harmoniebedürfnis

Wie in hierarchischen Anstellungsverhältnissen üblich, sind Kritik und Widerstand keine Etappen auf dem Weg des geringsten Widerstands. Opportunismus kann so weit gehen, dass sich Lehrkräfte selbst in den Dienst untauglicher Reformen stellen. Ferner verträgt sich Harmoniebedürftigkeit nicht mit Kritik. Gelegentlich zählen die Bedürfnisse nach stiller Eintracht mehr als die der Lernenden. So stösst die Starke Schule beider Basel bei einzelnen Lehrpersonen hin und wieder auf Ablehnung, trotz ihres erfolgreichen Einsatzes

zugunsten der öffentlichen Schule. Verkannt wird dabei ihre fordernde Beharrlichkeit als notwendige Antwort auf die blinde Verbissenheit dogmatischer Reformpolitik.

Wenn man nichts zu sagen hat, aber umso mehr sagen will

Wer Schulpolitik zur Selbstdarstellung betreibt, greift diejenigen an, die der Selbstinszenierung schaden. Von daher werden sachkundige Reform-Kritiker immer wieder von Politikern attackiert, die insofern eine Ahnung von Schule haben, als dass sie eine solche vor langer Zeit besuchten. Überdies fehlt politischen Selbstdarstellern das Bewusstsein für die eigene Beeinflussbarkeit. Skepsis bezüglich im Hintergrund agierender Akteure ist nicht möglich, wenn das Wissen um solche fehlt. Es wird dann blind einem sogenannten „Zeitgeist" folgend politisiert, ohne zu wissen, wer diesen, mit welchen Zielen definiert. So hat insbesondere die Wirtschaft ein leichtes Spiel, ihre schulpolitischen Interessen durchzusetzen. Allerdings fehlt ihr die Nähe zur Schule, um die auch für sie selbst nachteiligen Widersprüche ihrer Konzepte zu erkennen.

Felix Hoffmann,
Sekundarlehrer, BL,
Mitglied lvb, Starke Schule beider Basel

Die von der Wirtschaft forcierte „Kompetenzorientierung" ist unwirtschaftlich

Wirtschaftlichen Erfolg hat, wer sich effizient und innovativ weiterentwickelt. Kodak, Agfa, Nokia und andere verschliefen die zwingende Weiterentwicklung mangels Innovation. Starre Uniformität steht insofern im Widerspruch zur Innovation. Ergo widerspricht die den Schulen uniform übergestülpte „Kompetenzorientierung" einer wirtschaftlichen Gesetzmässigkeit. Sie ist mit ihren 3'500 Kompetenzen aber auch ineffizient. Der hierfür erforderliche Aufwand in der Prüfungsgestaltung und Auswertung ist nicht zu leisten. Wenig überraschend, dass die beiden privatwirtschaftlichen Testverfahren, Basic- und Multicheck, ganz traditionell Stoff und Wissen prüfen. Im Widerspruch zur „kompetenzorientierten", Grammatik bzw. Wortschatz feindlichen Passepartout Ideologie stehen die kantonalen Checks. Sie prüfen nicht zuletzt Grammatik und

Wortschatz. Es ist abzuwarten, wie die Wirtschaft reagieren wird auf das Heer der Passepartout geschädigten Schulabgänger. Die schönfärberische „Kompetenzorientierung“ hätte eigentlich der erleichterten Rekrutierung von Arbeitskräften dienen sollen.

Wirtschaftliche Prinzipien zur Lösung des Reformdebakels

Erwartungen der Wirtschaft an die öffentliche Bildung sind legitim. Denn die Schule verwirkt ihre Legitimation, wenn sie nicht auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Wirtschaftsvertreter sollten sich aber an ihre eigenen Prinzipien halten. Abgesehen von Effizienz und der Ablehnung von Uniformität, werden neue Produkte erst lanciert nach vorgängiger Prüfung ihrer Markttauglichkeit. Solche Prüfungen fehlten bei Passepartout und der „Kompetenzorientierung“ gänzlich, aber auch bei vielen Lehrmitteln, die wegen Untauglichkeit kaum eingesetzt werden. Im Sinne der Qualitätssicherung gehören Schulreformen vorgängig zur Einführung geprüft, damit sie später keinen Schaden anrichten. Die angestrebte Lehrmittelfreiheit ist insofern ein erster Schritt in die richtige Richtung. So können Lehrkräfte immerhin in diesem Bereich wieder korrigierend eingreifen. Als nächstes gehört konsequenterweise das pädagogische Weisungsrecht der Schulleitungen auf den Prüfstand.